

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

<p>Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.</p>	<p>Redaktion und Expedition: Leipzig Seltzer Straße 32, IV., Volkshaus Telephonrat 7503.</p>	<p>Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige Perizeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einleitung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.</p>
--	---	--

Nr. 23. Sonnabend, den 6. Juni 1914. 18. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Erziehung zum Staatsbürgerstum. I. — Die Banken und die Industrie. II. — Aus Oberhessen. — Aus dem Bürgerlichen Recht. — Der Eine und die Vielen. — Der Glasarbeiterverband im Jahre 1913. — Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912. I. — Bericht des Internationalen Steinarbeitersekretariats. I. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Steinausweisungen. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Cuitting. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Verlammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Berufskrankheiten als Betriebsunfälle. — Vor den Organisationen des amerikanischen Bauwerks. — Der Pyrrhusleg der „Römer Richtung“. — Feuilleton: Eine Bildhauerwerkstatt vor 3000 Jahren. — Der Erklärer der Erde.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Gesperert sind: Kienburg: Grabsteingeschäft Schnelle. — Wolfshagen: Die Firmen „Rote Klippe“, Eisenberg und Zimmermann. — Wallbüren: Kaisersteinbruch A.-G. — Waren: Firma Scheinpflug. — Gehweiler: Sämtliche Betriebe. — Hall (Württemberg): Firma Burer, Wittigshausen. — Greiffenberg (Schl.): Grabsteingeschäft Möblich. — Nördlingen: Deutsche Stein- und Trachtwerke. — Wiesbaden: Kunststeinfabrik von Meßler.

Honheim. Die Steinmehnen stehen im Streik. Ein Teil der Streikenden ist bereits abgereist.

Bayrischer Wald. Die Granitindustriellen lehnten beim Tarifverhandeln jede Zulage ab. In den Orten Büchlberg, Tittling, Hauzenberg, Edenkotten, Blaubeurg, Ruhmannsfelden und Metten ruht nun deshalb die Arbeit. An die 20 Steinmehnen und Brecher sind bereits abgereist.

Söbndören. Sämtliche Sandsteinbetriebe sind gesperrt. Die Kollegen bei der Firma Braunschweig traten am 27. April in den Streik.

Sameln. Die Differenzen sind beigelegt; es wurde mit der Firma Matzner ein Tarif auf drei Jahre abgeschlossen.

Nichtenfels. Bei der Firma Drossl stehen die Sandsteinmehnen im Streik.

Zegernau. Sämtliche Pflastersteinarbeiter vom Betrieb Ortner sind im Streik getreten.

Mühlhausen (Cl.). Der Streik der Granitarbeiter ist durch eine Tarifvereinbarung erledigt.

Zichtelgebirge. Der Streik bei der Firma Müller in Wirsberg dauert fort.

Eberdorf. Der Kampf dauert unverändert fort; die Hälfte der beteiligten Kollegen sind anderweitig untergebracht.

Linschendorf (Kreis Neustadt). Der Melaphyrbetrieb der Schleifischen Hartsteinwerke ist wegen Maßregelung, betreffs Zugehörigkeit zum Steinarbeiterverband, gesperrt.

Schreiberhau (Kiesengeb.). Die Firma Liebig ist wegen Lohnreduzierungen gesperrt.

Offenburg. Hier und in Gengenbach stehen die Kollegen in Lohnbewegung. Es kommen sämtliche Betriebe in Betracht.

Leipzig. Mit den Firmen der Grabsteinbranche wurde nach einstädtigem Streik ein Tarif abgeschlossen. Die Firma Herrfurth & Warner bleibt gesperrt, weil sie statt unsere Mitglieder nach dem Streik einen Unorganisierten einstellte.

Lauban. Die Firma Brüggemann ist gesperrt. Anlaß dazu ist die Entlassung der Kommission, infolge Eintretens für die Forderungen der Kollegen.

Heilbronn. Die Lohnbewegung in Heilbronn ist durch Vertragsabschluß beendet; der Vertrag gilt bis 31. März 1916. Die Stundenlöhne wurden um 3 bis 7 Pfg. aufgebessert.

Erziehung zum Staatsbürgerstum.

I.
Die Frage, wie sich der um seine Befreiung kämpfende Arbeiter zum Staate und zur Staatsgewalt zu stellen hat, fordert immer dringender eine Beantwortung. Bekanntlich hat sich das Verhältnis zwischen Mensch und Staat bei uns in Deutschland in den letzten Jahrzehnten von Grund auf geändert. Nachdem am Ausgange des Mittelalters die alte Gemeinlichkeit zu Grunde gegangen worden war, richteten die Fürsten den Gewaltstaat ein, in dem ihr Wille allein Geltung hatte, während der Wille des Volkes gewaltlos unterdrückt wurde. Der Fürst herrschte schrankenlos und nach Lust und Laune, er war keinem Menschen Rechenhaftig und er verfügte frei und unbeschränkt über seine Untertanen und ihr Eigentum. Der Wille des Fürsten war das höchste Gesetz, und wer gegen dieses Gesetz in der Theorie oder in der Praxis verstieß, wurde als Feind von Staat und Gesellschaft verfolgt. Allmählich bahnte sich ein Umschwung an in der Richtung von der Autokratie zur Demokratie, von dem Fürstenstaat zum Volksstaat. Zunächst natürlich in der Gedankenwelt der fortgeschrittenen Geister. Es wuchs die Empfindung, daß es der Menschen unwürdig sei, sich wie eine Hammelherde leiten und leiten zu lassen

von einem manchmal sehr minderwertigen Fürsten, der durch den Zufall der Geburt oder gar durch List, Betrug und Mord an seinen Platz gestellt worden war. Es wuchs auch das Gefühl, daß es ein schreiendes Unrecht sei, wenn ein Fürst die Macht habe, über die Person, die Ueberzeugung und den Besitz anderer Menschen nach Willkür zu verfügen. So wurden diese Zustände zunächst in der Theorie als unerträglich empfunden und deshalb mit den Waffen des Geistes bekämpft. Von der Theorie ging man zur Praxis über, und bald hier, bald da gerieten Kronen und Throne ins Wackeln. In der glorreichen Revolution Englands und in der großen Revolution Frankreichs wurde die Alleinherrschaft der Fürsten in Trümmer geschlagen und auch in Deutschland wurde dem Volke das Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Der fürstliche Absolutismus fügte sich auch bei uns dem Zuge der Zeit und schloß ein Ueberkommen ab mit dem demokratischen Gedanken. Die Untertanen wurden zur Würde von Staatsbürgern erhoben, eine von den Vertretern des Volkes mitberatene und mitbeschlossene Verfassung sollte das Verhältnis zwischen Fürst und Volk regeln, der Fürst sollte allerdings der Welter des Staatswesens bleiben, aber den Inzassen des Regens wurde das Recht zugebilligt, über die einzuschlagende Richtung Wünsche und Bedenken zu äußern. Alles in allem bedeutete das, daß die Idee eines demokratischen Staates, eines wirklichen Volksstaates, bei uns in Deutschland nur in einer homöopathischen Verdünnung verwirklicht wurde, was auch zu verstehen ist, wenn man weiß, wie langsam und schwerfällig sich im Charakter unseres Volkes und in den staatlichen und sozialen Verhältnissen grandlegende Umwälzungen vollziehen.

Wie allgemein zugegeben wird, haben wir in Preußen-Deutschland kein wirkliches Mitbestimmungsrecht des Volkes, eher könnte man von einem Scheinkonstitutionalismus und von dem Zerstückeln einer Verfassung reden. Immerhin aber müssen wir zugestehen, daß es in politischer Beziehung bei uns seit fünfzig Jahren, etwa seit dem Auftreten Lassalles, wesentlich anders geworden ist, und daß der demokratische Gedanke, trotz aller Verhöhnung und Verdunkelung, doch auf dem Vormarsch begriffen ist. Die Geringschätzung des Parlamentarismus, die früher gewissermaßen als Zeichen einer radikalen Gesinnung galt, verschwindet in demselben Maße, in dem der parlamentarische Einfluß der Volksmassen zunimmt, und die Erringung der politischen Macht wird als ein Ziel betrachtet, das mindestens ebenso sehr anzustreben ist, wie die Erringung der wirtschaftlichen Macht. Wenn wir uns auch der Grenzen der Politik und ihrer beschränkten Wirksamkeit wohl bewußt sind, so schütten wir doch nicht das Kind mit dem Bad aus, weil wir erkannt haben, wie sehr alle wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verhältnisse durch politische Faktoren beeinflusst — gehemmt und gefördert — werden können und welche wichtige Rolle die Politik im öffentlichen Leben spielt. Und wir werden uns auch unserer Pflicht als Staatsbürger bewußt und unserer Verantwortung als Glieder eines staatlichen und kommunalen Gemeinwesens.

Bekanntlich steht jedem Recht eine Pflicht gegenüber, und so läßt sich auch das Staatsbürgerrecht nicht denken ohne eine Staatsbürgerpflicht. Je mehr staatsbürgerliche Rechte wir modernen Menschen uns erringen, desto mehr staatsbürgerliche Pflichten übernehmen wir damit. Es kann doch wirklich keinem Zweifel unterliegen, daß ein Mensch, der im Staate mitreden und mitbestimmen will, sich auch die nötigen Kenntnisse aneignen muß, um über die einschlägigen Fragen urteilen und entscheiden zu können, und daß er sich auch zur Selbstlosigkeit und treuen Pflichterfüllung erziehen muß. Verstand und Wille müssen gleichermaßen geschult werden, Aufklärung und Erziehung müssen Hand in Hand gehen in der Heranbildung tüchtiger Staatsbürger, die den rechten Weg zu finden wissen und die das Wohl der Allgemeinheit über das eigene Interesse setzen. Je größer die Zahl solcher Staatsbürger ist, desto größer und nachhaltiger ist auch ihr Einfluß im öffentlichen Leben, und desto besser wird sich die Entwicklung unserer politischen Verhältnisse gestalten. Dies gilt für alle Schichten der Bevölkerung in gleichem Maße, und es wäre sehr zu wünschen, daß die Gleichgültigkeit und Unwissenheit in politischen Dingen, über die allgemein geklagt wird, endlich einmal verschwände, und daß auch die Interessentpolitik, das Bereichern der einen Bevölkerungsschicht auf Kosten der andern, ein Ende nehmen möge. Wie weit wir von diesem erstrebenswerten Ziele noch entfernt sind, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Aus der Empfindung heraus, daß wir in durchaus ungeordneten und unhaltbaren Zuständen leben, und daß wir, wenn nicht noch früh genug Einhalt getan wird, dem Zusammenbruch zueilen, ist die Forderung erwachsen nach einer staatsbürgerlichen Erziehung des deutschen Volkes.

Da die Ergebnisse unserer Politik nirgends befriedigen, und da die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte in allen Schichten, abgesehen vielleicht von dem Junkertum, Unbehagen hervorruft, wird immer dringender verlangt, daß in bezug auf politische Schulung mehr getan werde und daß das Verstumte nachgeholt werden müsse. Vor allen Dingen sollen der Schuljugend und der schulentlassenen, heranwachsenden Generation mehr staatsbürgerliche Kenntnisse beigebracht und mehr staatsbürgerliche Gesinnung eingebläht werden. An und für sich, rein objektiv betrachtet, ist die Forderung einer staatsbürgerlichen Erziehung gar nicht so übel, da wir gut erzogene, tüchtige Staatsbürger sehr wohl brauchen können. Allerdings darf sie nicht in dem Geiste

gehandhabt werden, der jenen Schwägern, Strebern und Scharfmachern innewohnt, die sich neuerdings mit Wollust auf dieses Gebiet gestürzt haben. Diese pädagogischen Wuscher meinen, sie könnten die vorhandenen Klagengegenstände mit harmonieduseligen Redensarten verdecken und sie könnten dadurch den Klassenkampf aus der Welt schaffen, daß sie auf die sogenannten Heher und Aufwiegler schimpfen. Sie glauben auch, man könne die Jugend zur vaterländischen Gesinnung erziehen, indem man fortwährend über Vaterlandsliebe redet und sie mit patriotischen Phrasen berauscht!

Es ist eine falsche Methode, fremde Völker zu verunglimpfen und das eigene Volk zu beweihräuchern, anstatt auf die Schäden und Mängel im eigenen Lande hinzuweisen und vor der eigenen Tür zu kehren. Es ist auch falsch, an die Stelle einer allgemeinen Menschenliebe und eines weltbürgerlichen Weltbilds den beschränkten Horizont nationaler Kirchturnspolizei zu setzen. Jede Uebertreibung des Nationalitätenstandpunkts, die zu einer unsinnigen Verhöhnung der Völker untereinander führt, ist vom Uebel, es ist vielmehr richtiger, daß die Gemeinshaftlichkeit der Menschheitsinteressen und die Notwendigkeit des Hand in Handarbeitens der auf sich angewiesenen Staaten betont wird. Stimmungsmache gegen den inneren und äußeren Feind, Stimmungszündererei gegenüber Andersdenkenden, Selbstüberhebung und nationales Pharisäertum — das sind die unerwünschten Folgen einer staatsbürgerlichen Erziehung, wie sie bei uns in die Mode kommt.

Die Klassenbewußten Proletarier haben selbstverständlich keine Veranlassung, die staatsbürgerliche Erziehung im Geiste der nationalen Phrase und der Fürstenverherrlichung zu betreiben, ebensowenig, wie sie die Macht haben, die Staatsbürger gegeneinander aufzuheben und das eigene Volk herunterzureißen. Sie lassen rein objektiv die Tatsachen sprechen und ziehen die notwendigen Schlüsse daraus. Daß sie auf diese Weise zu anderen Ergebnissen kommen als jene Maulhelden und Geschäftsmacher, leuchtet ohne weiteres ein. Die Volksmassen haben lange genug ihr ganzes Dasein durch eine falsche Brille betrachtet und ihr Tun und Lassen nach falschen Gesichtspunkten eingerichtet, es wird Zeit, daß sie sich auf sich selbst besinnen. Jahrhunderte hindurch sind sie von Herren und Raubherren verdummt und irregeführt worden, allmählich aber fällt ihnen die Binde von den Augen. Während die Oberschichten zu allen Zeiten ihre eigenen Interessen sehr wohl gekannt und auch planmäßig gefördert haben, waren die Massen durch eine falsche Erziehung gewöhnt worden, die selbsttätigen Ziele der Herrschenden als ihre eigenen Ziele zu betrachten. Das Wohl der Oberschichten wurde gleichgestellt dem Wohl der Gesamtheit, die Ehre der Fürsten war auch die Ehre des Volkes und unter der Liebe zum Vaterlande verstand man die geduldige Unterwerfung unter das Joch der Herren.

Die Banken und die Industrie.

II.
So ungeheure Kombinationen, wie sie die Zusammenballung in der Elektrizitätsindustrie uns vor Augen führen, sind ohne gewaltige Bankvermittlung nicht möglich. Wenn sich aus den mannigfachen und zum Teil sehr starken Gruppen der elektrischen Unternehmungen, die im Jahre 1900 schon zu sieben Gruppen konzentriert waren, nun tatsächlich zwei herausgebildet haben, die alle andern aufsaugten, niederkonkurrierten oder von sich abhängig machten, so sehen wir da die Entwicklung der Kapitalkonzentration in höchster Vollkommenheit. Ähnliche Erscheinungen finden wir in der chemischen Industrie. Die deutschen Anilinabriken, die den weitaus größten Teil des Bedarfs der ganzen Welt an künstlichen Farben produzieren, haben sich immer mehr zusammengeschlossen. Auch hier haben die Großbanken vermittelnd gewirkt, wenn auch wegen der eigenen Kapitalstärke der großen chemischen Industrie der Einfluß der Bankkonzentration hier nicht so stark in Erscheinung tritt wie in der elektrischen Industrie. Sehr erheblich war der Einfluß der Großbanken auf die Konzentrationen in der Montanindustrie. Da hat zum Beispiel der A. Schaffhausen'sche Bankverein im Jahr 1899 für den Verband deutscher Drahtzylinderfabriken direkt die Funktion des Verkaufsbureaus und der Abrechnungsstelle übernommen. Heberdies wurde ein besonderes Syndikatskontor des A. Schaffhausen'schen Bankvereins errichtet, um die gleichen Funktionen auch für andre industrielle Verbände zu übernehmen. Die Diskontogesellschaft ist mit dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat aufs engste verknüpft; durch die Vermittlung der Darmstädter Bank wurde die Deutsch-Luxemburgische Bergwerk- und Hüttenwerke-Gesellschaft zu einer der technisch am besten eingerichteten Unternehmungen erhoben. So liegen sich die Beispiele der Beeinflussung der Unternehmungen und Unternehmungsgruppen wie der Förderung des Kartellwesens durch die großen Banken stark vermehren.

Freilich wirken die Banken vielfach noch gegeneinander. Sie suchen sich oft zu bekämpfen, sie ringen gegeneinander um den Einfluß; aber auch das scheint mir nur ein Uebergangsstadium zu sein. Wie die früher allgemein herrschende Konkurrenz zur Zusammenfassung führte, so wird auch der zeitweise scharfe Wettbewerb der großen Banken zu einem Ausgleich ihrer Interessen in gegenseitigen Abgrenzungen oder auch vielleicht zur Zusammenballung und Zusammenfassung zur monopolistischen Generalbank und zur Beherrschung über die konzentrierte Industrie führen. Der Möglichkeit

